

„Wir müssen radikaler werden!“

Ausschussvorsitzender Werner Meinken ist unzufrieden mit den Sparvorschlägen aus dem Rathaus

VON ULRICH TATJE

Achim. Die Sparvorgabe von 5,44 Prozent lasse sich im Bereich Wirtschaft und Stadtentwicklung kaum umsetzen, klagte Fachbereichsleiter Rainer Rowohlt, denn der größte Anteil der Ausgaben seien Personalkosten. „Da lässt sich relativ wenig steuern“, begründete er die bescheidenen Sparvorschläge, die er dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am Dienstagabend vorlegte. Statt 113000 Euro (das würde der Zielvorgabe entsprechen) schaffte er lediglich 65000 Euro. Und die werden um weitere 20000 Euro sinken, wenn der Rat dem Vorschlag des Ausschusses folgt, ein Entwicklungskonzept für die räumliche Steuerung von Tierhaltungsanlagen in Auftrag zu geben.

Die Sozialdemokraten, die das Verfahren zur möglichen Verhinderung von großen Tiermastanlagen in Gang gebracht hatten, wollen angesichts der Finanzlage der Stadt auf das Konzept verzichten. Erwin Dirk (CDU) sprach sich auch dagegen aus, da es ohnehin nur noch vier Landwirte in der Stadt gäbe, die davon betroffen sein könnten. Doch WGA-Mann Wolfgang He-

ckel („Wir sollten jetzt keinen Rückzieher machen“) und der Grüne Axel Eggers („Wir müssen in den sauren Apfel beißen“) konnten schließlich eine Mehrheit des Ausschusses überzeugen, für das Entwicklungskonzept zu stimmen. Werden die Sparvorschläge aus dem Rathaus angenommen, wird es unter anderem keinen Zuschuss mehr geben für Gewerbeansiedlungen (bisher: 20000 Euro), und der Wirtschaftsbeirat, der bislang 7500 Euro bekam, muss mit 3500 Euro auskommen. Um die Hälfte, also 30000 Euro, würde der Ansatz für Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen gekürzt, obwohl es jener Etat ist, der die Wirtschaftsförderung geschäftsfähig hält, wie Ronald Jurgeleit betonte.

Diverse Einsparungen und Mehreinnahmen führen zu besagten 65000 Euro, um die der Haushalt gekürzt werden könnte. „Das Signal ist fatal“, kommentierte Ausschussvorsitzender Werner Meinken (SPD) und forderte: „Wir müssen radikaler werden!“ Darunter versteht er beispielsweise, auf den Achimer Kalender ganz zu verzichten, statt die Kosten um lediglich 2000 Euro (zehn Prozent) zu kürzen. Auch das Personal dürfe kein Tabu mehr sein. Vielleicht

nicht mehr in diesem Jahr, aber dann 2013, schlug Meinken vor. Im Fachbereich 3 fallen 900000 Euro Personalkosten an. 15000 Euro sollen gespart werden, indem der Einstellungstermin für einen neuen Mitarbeiter verschoben wird. Auf eine halbe Stelle im Bereich der Wirtschaftsförderung war ohnehin im Vorfeld bereits verzichtet worden.

Auch die Anhebung des Beitrages für den Kommunalverbund Niedersachsen-Bremen von gut 7500 auf etwa 12000 Euro wurde am Dienstag nicht beschlossen. Geschäftsführerin Susanne Krebser hat den Ausschuss zwar umfangreich und ausführlich über die Arbeit des aus 27 Mitgliedern bestehenden Verbundes informiert, konnte ihn aber nicht von der Notwendigkeit der Beitragserhöhung überzeugen. Einerseits, weil die Leistungen des Vereins, der die Zusammenarbeit der Mitgliedskommunen fördern möchte, oft schwer zu erkennen sind, andererseits der Nutzen für die einzelne Stadt oder Gemeinde nur vage zu messen ist.

Einig war sich der Ausschuss allerdings darin, die Mitgliedschaft im Kommunalverbund nicht kündigen zu wollen.